Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Nouvelles de France. Deutsche Ausgabe. 1947-1948
1947

462 (30.3.1947)

Visual Library

SONNTAG MONTAG 30./31. MÄRZ 1947
3. Jahrgang
No 463
30 Pfg.

DEUTSCHE AUSGABE

Nouvelles de France

NACHRICHTENBLATT

DIRECTION REDACTION ADMINISTRATION
Marktstätte 4
KONSTANZ
ANZEIGEN:
Agence Havas
Marktstätte 4
KONSTANZ
und
Nebenbüros

Der deutsche Föderalismus

IV. Das Fortbestehen des Partikularismus

MAN wird mir vorwerfen, zur Unterstützung der französischen These besonders historische Gründe angeführt zu haben. Deutschland, so wird man sagen, hat seine Einheit verwirklicht; sie hat sie durch zwei Kriege besiegelt. Die menschlichen Vermengungen, die sie hervorgerufen haben, haben die Verschiedenheiten zerstört, die bereits durch die Leichtigkeit des Verkehrs gemildert wurden waren. Die Hitlerdampfwalze hat schließlich die Ländergrenzen verwischt. Die gegenwärtigen Bevölkerungsbewegungen vollenden die Mischung der Völker, verschmelzen die Deutschen in einen einheitlichen Typus, so wie der Nazismus es wünschte.

Sehen wir näher zu! Trotz der Aufrufe zur Mäßigkeit und den Appellen an das Gefühl zur „deutschen Gemeinschaft", ist die Aufnahme, die den Flüchtlingen gemacht wird, weit entfernt von Herzlichkeit. Die Zeitungen beklagen sich darüber humorvoll oder ernst, oft mit Bitterkeit. Man zitiert Wilhelm Tell: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern", und man stellt fest, daß diese Brüder Bayern, Berliner, Sachsen, Hamburger usw., Ost- und Bombenflüchtlinge heißen. In Bayern werden die Leute aus dem Norden und dem Osten ohne Unterschied als „Saupreuß" behandelt. Man klagt sie an, weniger kultiviert zu sein und nichts von den liberalen Ideen Südwestdeutschlands zu verstehen. Man bemerkt, daß der Flüchtlingsstrom die „starke nationalistische Bewegung", die sich im Land zeigt, erklärt.

Zu Anfang Januar hat sich der General Clay vor dem Länderrat gegen den Partikularismus der Staaten hinsichtlich der Ernährung und gegen die wechselnde Feindseligkeit der Einwohner gegen die Ostflüchtlinge erhoben. Die amerikanischen Behörden haben ihrer Zone ein Gesetz auferlegen müssen, damit die Flüchtlinge nicht abseits gehalten werden und die Rechte der deutschen Bürger genießen. Man kann somit sagen, daß die Verpflanzung der Bevölkerung die partikularistischen Gefühle eher verstärkt als gemäßigt hat.

Aber man wird sagen, daß es sich da um verspätete „Bajuvaren" handle. Ihr Geisteszustand ist bekannt. Eine Zeitung allein würde nicht genügen, seine kürzlichen Manifestationen aufzuzählen. Er macht sich bis in die französische Zone hinein geltend, wo die Pfalz im Rahmen des rheinländisch-pfälzischen Staats ihre Privilegien als ehemalige bayrische Provinz erhalten möchte, während im Süden Hohenzollern widerstrebt, sich mit Württemberg zu vereinigen.

Die Amerikaner haben aus den nördlichen Teilen von Württemberg und Baden einen Staat konstituiert. Der neue Staat hat sich eine Verfassung gegeben, in der er sich als Mitglied der deutschen Republik erklärt. Diese besteht nicht, doch gehen wir darüber hinweg! Nun bestimmt aber diese unitaristische Verfassung, daß die beiden Länder ihre Verwaltungsautonomie behalten, und es setzt sich eine ernsthafte Rivalität zwischen Stuttgart und Karlsruhe. Man spricht von einer gleichartigen Opposition in Hessen zwischen Kassel und Wiesbaden, trotzdem die Verfassung dieses Landes ausgesprochen zentralistisch ist.

Auch in der britischen Zone hat man eine Gebietsumgruppierung vollzogen, doch ist es nicht ohne Klagen abgegangen. Die kleinen Länder forderten ihre Autonomie. Sie wollten sich gerne vergrößern, aber keines stimmte seinem Verschwinden zu. Das Schicksal des winzigen Lippe blieb lange unentschieden; es wird sogar endgültig erst durch eine Volksabstimmung entschieden. Die andern Länder haben ihre Einverleibung in Niedersachsen nur gegen das Versprechen angenommen, daß ihre Vorrechte und ihr kulturelles Leben

* * *

(Fortsetzung Seite 3)

Der Kreml im Schnee (AFP)

M. Gromyko n'est pas partisan d'inscrire la question grecque à l'ordre du jour de l'O.N.U.

LAKE SUCCESS. — Conformément à la demande du délégué américain à l'O.N.U., le Conseil de sécurité a envisagé au cours de sa séance de vendredi la possibilité d'inscrire à son ordre du jour la nouvelle question grecque telle qu'elle a été posée par le président Truman en demandant au Congrès de voter des crédits pour ce pays.

M. Gromyko, délégué soviétique, a protesté contre l'inscription de cette question à l'ordre du jour, car à son avis, elle ne peut être considérée comme faisant partie de l'ancienne question grecque. Aussi a-t-il demandé que son examen soit remis à une date ultérieure.

Après une courte discussion la parole fut cependant donnée à M. Warren Austin, délégué américain, qui présenta clairement le problème au cours d'un long exposé.

M. Warren Austin a déclaré que les U.S.A. se considéraient tenus, comme tout autre membre des Nations unies, à faire tout leur possible pour amener un règlement pacifique de toute situation internationale avant qu'elle ne devienne une menace pour la paix du monde.

« Je suis convaincu, a-t-il poursuivi, que l'ensemble du problème américain d'aide à la Grèce et à la Turquie, ainsi que l'action efficace que le Conseil de sécurité a décidé d'entreprendre au sujet de la situation à la frontière nord de la Grèce, apporteront une contribution réelle à la cause de la paix. »

Le délégué américain a ensuite souligné « qu'étant donnée l'urgence de cette situation », le premier souci des Etats-Unis était que la commission d'enquête de l'O.N.U. dans les Balkans, continuât son travail jusqu'à ce que le Conseil de sécurité en ait terminé avec l'affaire grecque.

Il a suggéré qu'après avoir étudié le rapport de la commission, le Conseil de sécurité décide de créer une commission permanente chargée de régler les incidents de frontières qui pourraient surgir entre les quatre pays balkaniques: Grèce, Albanie, Yougoslavie et Bulgarie.

SUITE EN PAGE 4

Annabella ist aus Hollywood, wo sie schon seit Jahre wohnt, in Paris eingetroffen.

Zahlreiche Freunde des bekannten Filmstars waren bei der Ankunft des transatlantischen Zugs um sie zu empfangen. Hat Annabella die Absicht, zum französischen Kino zurückzukehren? (A.F.P.)

Die Moskauer Konferenz

General Marshall schlägt vor, die „Vier" sollen nur die wichtigsten Fragen behandeln

Es unterliegt nun keinem Zweifel mehr, daß die Konferenz an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt ist. In der Freitagsitzung, die über vier Stunden andauerte, wurde zum erstenmal ernsthaft der Versuch unternommen, die Meinungsverschiedenheiten zu ergründen.

General Marshall, der sich nicht unnötig lange in Moskau aufhalten möchte, weil dringende Staatsgeschäfte in Washington seiner harren, riß die Geduld:

„Kümmern wir uns doch nicht um sekundäre Fragen, wie Demilitarisierung, Entnazifizierung", rief er aus. „Es wäre viel einfacher, wenn sich ein speziell gebildetes Komitee sich darum kümmern würde, und am 2. April die nötigen Richtlinien dem Berliner Kontrollrat unterbreiten könnte.

Wir würden besser daran tun, die Grundfragen zu studieren. Meiner Ansicht nach handelt es sich um die drei folgenden Fragen: Wirtschaftseinheit, Revision des deutschen Industriepotentials und der Reparationen; Gestaltung und Befugnisse der provisorischen Regierung Deutschlands."

Marshalls Vorschläge sind durchaus logisch. Alle sind sich über das, was die französische Delegation als erste vorgeschlagen hat, einig: es kann keine Einigung von Wert über einen sekundären Punkt erzielt werden, wenn nicht vorher die wichtigsten Fragen geregelt worden sind.

Im Grunde genommen konnte keiner der Minister Einspruch erheben und keiner tat es auch.

Jedoch müssen die « Vier » über die Bestimmungen der grundlegenden Fragen, die ausschließlich sie allein lösen können, einig werden.

Molotow konnte nichts besseres tun, als seiner These treu zu bleiben. Für ihn bleibt das Problem der Wiedergutmachungen an dasjenige der Wirtschaftseinheit gebunden.

„Ich schlage vor", erklärte er, „die Reparationsfrage als erste anzuschneiden, dann aber noch eine verie zu behandeln, die der Entmilitarisierung".

Um allen Anwesenden genügend Bedenkzeit zu lassen, wurde die Entschlußfassung um 24 Stunden verschoben.

Am Samstag waren dem Rat folgende Aufgaben gestellt:

1. Bestimmung derjenigen Punkte des Berichtes des Koordinierungsausschusses, die zu weiteren Diskussionen Anlaß geben.

(Fortsetzung Seite 3)

Le vice-ministre polonais de la Défense nationale est assassiné

VARSOVIE. — M. Karol Swierczewski, vice-ministre de la Défense nationale, a été abattu par des « terroristes » ukrainiens dans la région de Rzeszow, près de la frontière polono-soviétique, où il effectuait une tournée d'inspection.

M. Swierczewski était député et avait commandé la Brigade internationale pendant la guerre civile espagnole.

Cerdan schlug Green

Im New-Yorker Madison Square Garden schlug der französische Europameister im Mittelgewicht, Marcel Cerdan, den Amerikaner Harold Green k. o. nach 5 Minuten 19 Sekunden, in der zweiten Runde.

Der Amerikaner fiel viermal zu Boden, konnte sich jedoch immer wieder aufrichten, bis er schließlich vollständig groggy auf den Brettern liegen blieb.

M. BOLLAERT A QUITTE PARIS pour Saïgon

PARIS. — M. Emile Bollaert, haut commissaire de France en Indochine a quitté Paris vendredi par avion, pour rejoindre son poste. Avant le départ, il adressé le télégramme suivant à M. Paul Ramadier, président du Conseil:

« Au moment de quitter le territoire métropolitain, je vous prie, M. le Président, d'accepter l'expression de mon entier dévouement. Fier de la haute mission que vous m'avez confiée, je m'inspirerai sans cesse des instructions de votre gouvernement pour jeter au plus tôt dans ces pays d'Extrême-Orient, chers à nos cœurs, les fondements de l'Union française et réaliser par les esprits et par les faits cette libre association des peuples dont le seul but est de développer leur civilisation respective, d'accroître leur bien-être et d'assurer leur sécurité. »

A quoi M. Ramadier a répondu en ces termes:

« Au moment où vous regagnez le poste où vous appelle la confiance du gouvernement de la République, je tiens à vous adresser mes voeux personnels et ceux de tous les ministres pour que soit amenée à bien la tâche qui vous a été confiée. Mes collègues du gouvernement unanimes, et moi-même, sommes persuadés que la persévérance, le courage et la foi dont vous avez fait preuve en toutes circonstances, vous permettront de jeter les bases de l'Union française dans ce pays d'Extrême-Orient, conformément au voeu de la Constitution, ratifiée par le peuple souverain. »

Au matin même de son départ, les attributions du haut commissaire en Indochine ont été fixées. M. Bollaert sera assisté d'un secrétaire général ayant rang de gouverneur, nommé par décret pris en Conseil des ministres, et auquel il pourra déléguer tout ou partie de ses pouvoirs.

Aux termes du même décret, le haut commissaire représentant de l'Union française en Indochine, relève du ministre de la France d'outre-mer, et a seul le droit de correspondre avec le gouvernement. Il correspond avec les agents diplomatiques de la France, à charge d'en tenir informé le gouvernement. Toutefois, il ne peut engager de négociations diplomatiques sans l'assentiment du gouvernement.

Sur le territoire indochinois, toutes les autorités françaises, civiles et militaires, relèvent du haut commissaire qui est responsable de la sécurité. Il assume la direction des moyens militaires qui y sont stationnés et coordonne la mise en œuvre de la défense dans des conditions qui seront fixées par décret.

LA VIE POLITIQUE

Elections législatives DANS LA DROME

LE Parlement doit en finir samedi soir avec les différents projets qui restent à examiner avant les vacances de Pâques. Les discussions de vendredi ont été marquées par une certaine apparence de désordre, due surtout au grand nombre de questions à étudier et aux chevauchements rendus nécessaires par les renvois aux commissions intéressées.

Samedi soir, l'Assemblée nationale a repris le débat sur les messageries de presse et il est probable que le projet Bichet sera finalement adopté, dans son ensemble, avec quelques corrections. Selon certains renseignements, le gouvernement aurait décidé de ne pas prendre part au débat et de laisser l'Assemblée libre de ses décisions.

Il insistera, néanmoins, pour qu'un commissaire du gouvernement soit nommé auprès de chaque coopérative.

L'amendement déposé en ce sens par M. d'Astier de la Vigerie allait plus loin, mais le gouvernement, après intervention du président Ramadier et de M. François Mitterand, ministre chargé, par intérim, de l'Information, s'est finalement rallié à une formule transitoire: les coopératives seraient libres de leur gestion, mais le retour à un monopole de fait serait rendu impossible.

La discussion en séance promet d'être animée, à en juger par la fièvre qui a régné vendredi dans les couloirs à propos de cette affaire, mais le gouvernement ne prenant pas directement parti dans le débat des messageries, l'éventualité d'une surprise semble écartée.

Veillée d'armes dans la Drôme, où la campagne s'est déroulée dans le calme, malgré l'importance des élections de dimanche, qui permettront de juger de l'évolution de l'opinion depuis la consultation générale populaire de novembre. La lutte est surtout vive entre M.R.P. et communistes, qui se disputent le quatrième siège. La décision appartiendra sans doute aux électeurs radicaux, dont le parti, qui dispose de 12.000 voix, ne présente pas de candidats.

Le parti communiste a bloqué sa propagande sur le slogan: « Paix en Indochine! » tandis que le M.R.P. lui reproche le double jeu qui veut que les ministres votent les crédits lorsque les députés les refusent.

Quel que soit le résultat de cette consultatoin, le gouvernement en retirera d'utiles indications pour l'orientation de sa politique.

M. Ramadier, qui sera sans doute dimanche dégagé de tout souci parlementaire, se rend en visite officielle en Aveyron.

Dans le domaine social, on note une vive agitation chez les employés de banque. En revanche, la C.G.T. a donné son accord au protocole du Lisère, qui prévoit la parution des journaux sept jours par semaine.

Marcel Pagnol, der vor kurzem zum Mitglied der „Académie Française" ernannt wurde, läßt sich mit Geduld den Photographen, bevor er den berühmten Raum betritt (AFP)

Deutsche Inhaltsübersicht

Seite 1
Der deutsche Föderalismus
Die Konferenz in Moskau (Schluß Seite 3)
Seite 2
Französische Presse schreibt
Politischer Wochenüberblick
Nachrichten aus dem Ausland
Seite 3
Nachrichten aus Deutschland
Mitteilungen aus dem Kulturleben
Französische Radiostunde
Programme
Das Ausland schreibt
Seite 4
Erstmaliger Gedankenaustausch nach dem Kriege über die Ziele französischer und deutscher Organisationen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Frankreichs Presse schreibt:

PARLAMENTARISCHE BILANZ

Am Vorabend der parlamentarischen Osterferien ziehen verschiedene Zeitungen die Bilanz der parlamentarischen Tätigkeit in der vergangenen Periode. Für André Siffrin im „Ordre" bleibt: **„... als Hauptergebnis das Sichauswirken des neuen Verfassungsapparats gelegentlich der Vertrauensfrage. Da alle dem uns bekannten Kompromiß zugestimmt haben, wollte offensichtlich niemand es zu einer Krise kommen lassen. Ohne die Frist des eingeschobenen freien Tages wäre diese Krise jedoch unvermeidbar gewesen; dann würden wir jetzt wieder in der größten Verwirrung stecken. Alle Parteiführer, mit denen wir diesbezüglich in Fühlung traten, waren der Meinung, man müsse lieber zusammenflicken als ganz auseinander brechen, und sie handelten klug dabei. Wenn man gleich, nachdem Paul Ramadier die Vertrauensfrage gestellt hatte, zur Abstimmung darüber geschritten wäre, hätte der Bruch nicht vermieden werden können. Also hat sich das System bewährt; man kann zwar nicht sagen „bestens", aber man darf sagen „zur Vermeidung von Schlimmerem".**

„Figaro" meint:

„Die Völker sind immer geneigt, für das über sie hereinbrechende Unglück und für die sie bedrückenden Schwierigkeiten ihre Führung verantwortlich zu machen. Aber natürlich kann man der Nationalversammlung nicht die ganze Schuld an den vor ihrer Wahl bestehenden Zuständen beimessen, deren Ursprung vielmehr in den vom Krieg hinterlassenen Zerstörungen und in unserer vorübergehenden Niederlage zu suchen ist. Die finanzielle Krise, die Ernährungsschwierigkeiten, die Streikfolgeheit derer, die sich an der reinlichen Besetzung bereicherten, das Schmarotzerdasein einer allen Ihnenden Bürokratie, Streiks, petalige Affären — als typisches Beispiel nennen wir nur die Namen Jeanneret und Hardy — das alles darf man nicht dem Parlament und nicht seinen Organen in die Schuhe schieben wollen."

DER FALL HARDY

André Carrel kommt in „Humanité" auf den Fall Hardy zurück:

„In der Affäre Hardy handelt es sich nicht um die Widerstandsbewegung, sondern — wie Remy Roure im „Figaro" sehr richtig bemerkt — um eine Gruppe, deren Mitglieder damals wie heute erfüllt im Herzen einen abgründigen Haß gegen das Volk, gegen den Kommunismus hegen."

DIE ANGELEGENHEIT MALAPOSSE

Robert Lamerich kommentiert in „Aurore" die Affäre Malaposse, die der Leiter des Blattes, Paul Bastid, ans Licht gezogen hat:

„Wessen Protektion genoß eigentlich Herr Malaposse um in einem Kabinett, in dem Herr Delerre Staatssekretär war, einen Posten zu erlangen, für den ihn nichts als besonders geeignet erscheinen ließ? Justizminister Teitgen hat erklärt, politische Persönlichkeiten hätten sich dafür eingesetzt, daß die Angelegenheit dem Gericht nicht übergeben werde. Wer sind diese guten Freunde, diese einflußreichen Konspiratoren, die einen solchen Schritt, einen solchen Mißbrauch ihres Einflusses gewagt haben?"

Auf der andern Seite schreibt Raymond Thereaux über den Zwischenfall, der Herrn Gaston Defferre und Herrn Bastid einander gegenüberstellt:

„Schon seit langem ist bei vielen die Freude am Skandal stärker als das Streben nach Wahrheit. Wie oft begegnet man politischen Meinungen, die sich auf offensichtlich falsche Tatsachen gründen. Verleumdungen werden zur Beweisführung herangezogen. Wer an die Freiheit glaubt, muß die menschliche Würde höher einschätzen und ihr größere Achtung bewahren. Bei dem sehr bedauerlichen gestrigen Zwischenfall ist es bestimmt nicht Herr Bastid, dessen intellektuelle Redenken niemand in Frage zieht, gegen den man sich wenden muß, sondern eine gewisse Form von Journalismus, die nichts mit dem freiheitsliebenden Geist gemein hat, der zweifellos den Departiarten bewegt."

DAS DEUTSCHE PROBLEM

Im „Populaire" schreibt Léon Blum:

„Es gibt noch andere Wege, um die Angriffslustigkeit Deutschlands zu vertagen, als seine gesamte Erzeugung mengenmäßig zu beschränken. Für die Spitzenindustrien, Kohle, Gußeisen und Stahl, die ja in der Ruhr zentralisiert sind, wird diese Beschränkung überflüssig, wenn die von den Sozialisten seit drei Jahren empfohlene „internationale Enteignung" deren Leitung und das Verfügungsrecht erst einmal den Alliierten und hernach der internationalen Gemeinschaft überträgt. Wenn ich sage die „Alliierten", ist natürlich Sowjetrußland miteinbegriffen. Ich glaube mich erinnern zu können, daß kurz nach dem Kriege zwischen den Vertretern der französischen Sozialisten und denjenigen der britischen Labour Party ein besonderes Abkommen über die „internationale Nationalisierung" getroffen wurde. Man hielt es damals für ausgeschlossen, daß das Prinzip bestritten werden könnte."

Politischer Wochenüberblick

vom 22. bis 29. März

Die großen internationalen Ereignisse dieser Tage, die Konferenzen, die Vertrags- und Pakt-Unterzeichnungen und die groß angelegte Anleihepolitik der Vereinigten Staaten, die Sitzungen der UNO und ihrer Kommissionen, alle diese Bemühungen haben im Kern offensichtlich das gleiche Ziel: Sie wollen den Frieden stabilisieren, das heißt, sie wollen verhindern, daß in Zukunft irgendeine Nation oder eine Gruppe von Nationen den Versuch unternimmt oder unternehmen kann, die bestehenden Zustände, den status quo, gewaltsam abzuändern. Voraussetzung für diese Friedensstabilisierung ist jedoch, daß zunächst dieser status quo geschaffen wird.

Die Aufgabe ist gerade deshalb nun so schwer zu lösen, weil ein stabiler Zustand erst geschaffen werden soll, ein Zustand von Dauer. Das war im Grunde auch schon nach dem ersten Weltkrieg beabsichtigt. Aber damals waren zwei so große Mächte wie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion nur mit halben Herzen oder gar nicht an der Gesamtregelung beteiligt. Heute spielen sie nicht nur die größte Rolle, sondern es liegen auch die schlechten Erfahrungen der Kriegszwischenzeit vor, die niemand wiederholen möchte und die deshalb zu ganz besonderer Vorsicht mahnen.

Dieser Hinweis mag erklären, warum wir in unserer Pfingstausgabe der abgelaufenen Woche die lapidare Feststellung machen mußten, die Moskauer Konferenz stehe vor der Entscheidung, entweder sich zu vertagen, weil die unerläßlichen Einigungsmöglichkeiten nicht zu finden sind, oder mit ungewöhnlich großmütigem Elan die großen und kleinen Meinungsgegensätze zu liquidieren.

Die Gründe und Ursachen dieser Schwierigkeiten nachzuweisen, hilft indessen noch nicht, Wege zu ihrer Ueberwindung zeigen. Und darüber nachdenken, was in Moskau sicher sehr ernsthaft geschieht, besagt noch nicht, die erforderlichen Lösungen oder Kompromisse ausfindig machen.

Eines aber muß festgestellt werden: Es wird in Deutschland häufig eine Art Schadenfreude darüber empfunden, daß die „Großen Vier" bei ihren Beratungen sich immer wieder vor große Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten gestellt sehen. Als ob die vier Außenminister oder die von ihnen vertretenen Nationen die Leidtragenden seien! In Wahrheit ist die Lage anders. Gerade Deutschland ist am meisten daran interessiert, daß sein Friedensvertrag zustande kommt und möglichst nach einer Regelung getroffen wird, der die vier Großmächte zustimmen können. Denn erst wenn der zukünftige status quo Deutschlands festliegt, kann der Wiederaufbau und die Wiederbelebung mit System betrieben werden. Eine etwaige deutsche Spekulation auf ein etwaiges Zerwürfnis der Großen würde also durchaus falsch sein.

Die vergangene Woche brachte eine ausgiebige Debatte über das Reparationsproblem, die Reparationsfrage und die zukünftige politische Gestaltung Deutschlands, wobei der französische Außenminister Bidault Gelegenheit hatte, den französischen Standpunkt ausführlich darzulegen. Dabei traten die gegenseitigen Meinungen klar zutage. Während Bidault für eine föderalistische Gestaltung Deutschlands eintritt und die Einsetzung einer provisorischen Zentralregierung als verfrüht erachtet, forderte Molotow, daß eine Zentralregierung möglichst bald eingesetzt werde, und lehnte die Föderalisierung Deutschlands ab. Eine Möglichkeit der Verständigung wurde dadurch erkennbar, daß Molotow sich auch als Anhänger einer gewissen Vereinheitlichungsorganisation bekannte.

Wie schwierig es ist, einigende Formeln zu finden, zeigte allein die Tatsache, daß die Außenminister sich in dieser Woche davon bemühten, einen Namen für den Vertrag mit oder für Deutschland zu finden. Die Frage ist wichtig, denn aus der Bezeichnung geht hervor, ob der Vertrag von einer deutschen Regierung zu unterschreiben sei oder nicht. Die Unterschrift einer deutschen Regierung würde diese belasten, wie es beim Versailler Vertrag der Fall war. Deshalb wurde der Vorschlag gemacht, den Vertrag durch ein „Friedensstatut" zu ersetzen, wie es Existenz einer deutschen Regierung nicht erforderlich machen würde.

Gegen Ende der Woche zeigte sich, daß auch die Fertigstellung des Vertrages mit Oesterreich nicht so glatt vonstatten geht wie erwartet worden war. Die seit langem erörterte Frage der deutschen Guthaben, aber richtiger ihre Definition, gab Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten, welche die Befürchtung aufkommen ließen, daß auch der österreichische Vertrag nicht vor Beendigung der Konferenz fertiggestellt werden könnte.

Aber auch am anderen augenblicklichen Brennpunkt der Weltpolitik, in Washington, wo die von Truman vorgeschlagene Anleihe- und Hilfspolitik der Vereinigten Staaten diskutiert wird, deckten die Debatten erhebliche Meinungsverschiedenheiten auf. So wurde vielfach gefordert, daß die amerikanische Hilfspolitik sich auf den zivilen Sektor beschränke und in Zusammenhang mit der UNO erfolgen müsse. Manche Sprecher bezweifelten, daß die Anleihepolitik das von Truman erstrebte Ziel erreiche, und einige vertraten sogar die Ansicht, sie werde sich zum Gegenteil auswirken.

In Deutschland neigt man noch immer leicht dazu, solche Meinungsverschiedenheiten und solche Debatten falsch einzuschätzen. Man wittert nur allzuleicht tiefer gehende Spaltungen und glaubt deshalb die Demokratie, die solche Debatten herbeiführt, abfällig beurteilen zu müssen. Aber gerade diese Debatten werden als unerläßlich erachtet, um zu einer Klärung der Standpunkte zu kommen. Gerade in der Debatte wird ein Thema nach allen Seiten hin ventiliert, so daß Gesichtspunkte zutage treten, die der Sache und der zu fällenden Entscheidung äußerst förderlich sind.

B.

AUSLAND

Frankreich

Admiral de Laborde zum Tode verurteilt

PARIS, 29. März. — Der frühere Befehlshaber der französischen Flotte in Toulon, Admiral de Laborde, wurde durch den obersten Gerichtshof in Versailles der Zusammenarbeit mit dem Feinde, der Gefährdung der Landesverteidigung und der Zerstörung französischer Schiffe für schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Groß-Britannien

Großbritannien wird die Bitte Jugoslaviens um Unterstützung ablehnen

LONDON, 29. März. — Wie ein Sprecher des britischen Außenministeriums bekanntgab, wird Großbritannien die Bitte Jugoslaviens um Nahrungsmittel und andere Materialien im Werte von 60,8 Millionen Dollar zurückweisen, ebenso das jugoslavische Ersuchen um Ueberlassung von 200 Tonnen Nahrungsmittel an die UNRRA.

Dazu erklärte der jugoslavische Botschafter in London, Leontitsch, seine Regierung habe die britische Regierung nicht um sofortige Lieferung von 200 000 Tonnen Weizen und andrer Waren ersucht, sondern lediglich um die moralische Unterstützung Großbritanniens zur Aufrechterhaltung der Weizenlieferungen durch die internationale Hilfsorganisationen gebeten.

SPD wird am internationalen Sozialistenkongreß in Zürich teilnehmen

LONDON, 29. März. — Der Exekutivausschuß der Labour-Party billigte die Einberufung eines internationalen Sozialisten-Kongresses in der Zeit vom 6. bis 9. Juni in Zürich. An dem Kongreß, der vom sozialistischen Internationalen Büro in London einberufen wird, wird eine Delegation der SPD unter Führung von Dr. Schumacher, der das Programm und die Grundsätze seiner Partei darlegen wird, teilnehmen.

Britischer Parlamentsabgeordneter gegen Reparationsklauseln des italienischen Friedensvertrages

LONDON, 29. März. — Der britische Parlamentsabgeordnete Ellis Smith protestierte im Unterhaus gegen die Tatsache, daß Italien keine Reparationen an Großbritannien leiste.

Er erklärte, Italien werde sogar noch von Großbritannien finanziert, um seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber Albanien, Abessinien, Griechenland und Jugoslawien nachkommen zu können. Er müsse nach all dem, wofür Italien verantwortlich sei, gegen diese Politik schärfstens protestieren.

Ellis Smith gab seine Erklärung im Zusammenhang mit dem Antrag von Staatsminister Hector Mc Neile ab, der das Unterhaus um Ratifizierung der Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands ersuchte.

Unterhaus billigt Gesetz zur Ratifizierung der Verträge mit Satellitenstaaten

LONDON, 29. März. — Laut Meldung der Agence France-Presse billigte das Unterhaus das Gesetz zur Ratifizierung der Friedensverträge mit den ehemaligen Satellitenstaaten.

EBEL

Einlieferungen zur 4. Briefmarken-Auktion

bis 12. April erbeten Arnold Ebel, Berlin-Charlottenburg 4, Oldenburgallee 31. Versteigerer und Sachverst. für Briefmarken.

Griechenland

Griechische Regierung übernimmt britische Vorräte in Griechenland

ATHEN, 29. März. — Laut offizieller Bekanntgabe der griechischen Regierung werden die in Griechenland lagernden britischen Vorräte und Ausrüstungsgegenstände im Wert von 1 bis 1,5 Millionen Pfund Sterling im Rahmen eines zwischen Großbritannien und Griechenland abgeschlossenen Abkommens als kostenlose Spende übergeben.

Belgien

Belgischer Senat spricht Kabinett Spaak das Vertrauen aus

BRÜSSEL, 29. März. — Der belgische Senat sprach der Koalitionsregierung Spaak mit 126 Stimmen gegen 7 Stimmen der Liberalen das Vertrauen aus. 17 Kommunisten enthielten sich der Stimme.

Tschechoslowakei

Todesstrafe gegen ehemalige tschechische Minister beantragt

PRAG, 29. März. — Der Anklagevertreter des Prager nationalen Gerichtshofes forderte im Prozeß gegen den ehemaligen tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Rudolf Beran und den früheren Verteidigungsminister und Ministerpräsidenten zur Zeit des Münchener Abkommens, General Jan Syrovy, die Todesstrafe.

Norwegen

Trygve Lie in Oslo

OSLO, 29. März. — Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, traf auf dem Luftweg in Oslo ein.

Der frühere norwegische Außenminister ist nach Norwegen gekommen, um unter anderem vor dem norwegischen Untersuchungsausschuß über die Tätigkeit der norwegischen Regierung in London während des Krieges auszusagen und diesbezügliche Berichte fertigzustellen.

Sowjet-Union

Harold Stassen in Moskau eingetroffen

MOSKAU, — 28. März. — Harold Stassen, der republikanische Kandidat für die Präsidentschaftswahl im Jahre 1948, traf auf dem Luftwege in Moskau ein, wo er sich voraussichtlich bis zum 6. April aufhalten wird.

Iran

Persien verlangt 955 Millionen Dollar Reparationen von Deutschland

MOSKAU, 29. März. — Hraid Erklärung des iranischen Botschafters in Moskau, Firoug Khan, will Persien als Ausgleich für seine Stellung im Krieg als „Brücke zum Sieg" und die Versorgung der UdSSR mit Gütern von Deutschland Reparationen in Höhe von 955 Millionen Dollar verlangen.

Von der Moskauer Konferenz

2. Bestimmung derjenigen Punkte, die einem Sonderausschuß vorgelegt werden müssen.

3. Das Datum bestimmen, bis zu welchem die Fragen, die dem Ausschuß vorgelegt werden sollen, geprüft sein müssen.

Schließlich begann der Viererrat noch mit der Prüfung des ersten Punktes: „Wirtschaftliche Einheit und Reparationen".

Man wird darüber erstaunt sein, daß die Frage der Grenzen Deutschlands noch nicht aufgeworfen wurde.

Der Zeitpunkt für die Behandlung dieses Problems ist vermutlich noch nicht gekommen, oder die Teilnehmer der Konferenz sind sich im klaren über die Unmöglichkeit einer Abänderung des heutigen Standes der Dinge.

Das wichtigste Problem schätzt für die kommenden Tage die Festlegung der Reparationen zu sein. Wenn nämlich die Sowjetunion auf diesem Gebiet zufriedengestellt sind, kann sich ihre Haltung wesentlich ändern, und die zukünftigen Verhandlungen würden durch diese Tatsache bedeutend erleichtert sein.

Dies konnte schon am Freitag festgestellt werden, als der Rat der Außenminister in die Erörterung des Themas der Definition „deutsche Guthaben in Oesterreich" eintrat.

Wenn diese Guthaben bis heute noch nicht beschlagnahmt wurden, so werden sie es als „Reparationsleistungen" sein.

Molotow betonte absichtlich in seiner Intervention, daß der Streitfall schneller geklärt werden könne, wenn vorher über die Frage im allgemeinen Einstimmigkeit herrsche.

Ohne Zweifel wäre es leichter, um Bidaults Worte zu zitieren, „eine genaue Definition des Ausdruckes „Zwang" zu finden, ohne daß dadurch eine unberechtigte Schädigung der früheren österreichischen Eigentümer erfolgt."

DIE FRIEDENSKONFERENZ

Der Rat der Außenminister behandelte ebenfalls die Frage der Gestaltung der zukünftigen Friedenskonferenz für Deutschland.

Im ersten Stadium dieser Verhandlung werden bekanntlich 18 bis 19 Staaten konsultiert werden, je nachdem, ob Albanien eingeladen wird oder nicht. Es handelt sich dabei um die gleichen Staaten, die schon an der Pariser Konferenz teilgenommen hatten.

General Marshall wünscht jedoch, daß all die Staaten an der eigentlichen Friedenskonferenz teilnehmen, die seinerseit Deutschland den Krieg erklärten. Dagegen betonte Molotow:

„Es wäre ungerecht, daß Ländern wie die Türkei, Paraguay und die Philippinen die gleichen Rechte wie Frankreich, der Sowjetunion oder Belgien zugesprochen werden."

Dies ist auch die Ansicht Bidaults und der französischen Delegation, die, ohne gegen die Teilnahme aller Staaten zu protestieren, die Einteilung in drei Gruppen vorschlägt: 1. Die Nachbarn. 2. Die Länder, die mit größeren Armeen am Krieg teilnahmen, und 3. Die übrigen Alliierten.

Bericht des Koordinierungsausschusses

Der Koordinierungsausschuß kam endlich dazu, seinen Bericht fertigzustellen.

Das Hauptkapitel, das die wirtschaftlichen Grundsätze behandelt, beträgt elf Punkte.

Großbritannien verlangt, daß die Handelsverluste von allen gleichmäßig getragen werden und daß der Ueberschuß der Exporte ausschließlich zur Finanzierung der Importe verwandt werde.

Frankreich fordert Kohlenlieferungen und den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes.

Die Russen wünschen eine Vereinbarung über die Reparationen.

— Die Stellvertreter, die das Problem Oesterreichs behandeln, haben den Vorschlag angenommen, der den Stand der Flüchtlinge regelt. Dieser Vorschlag sieht die Rückführung nach Deutschland von 400 000 Personen, Nazis, Sudetendeutsche usw., vor.

— Der Präsident der interalliierten Reparationskommission wurde von den Stellvertretern für die deutschen Angelegenheiten gehört.

Der deutsche Föderalismus

(Fortsetzung von Seite 1)

sichergestellt würde. Bremen und Hamburg haben es durchgesetzt, freie Städte zu bleiben, und verlangen das Statut von Freihäfen. Und dabei ist in diesen Gebieten die Sozialdemokratie mächtig.

In den Ländern unter amerikanischer und britischer Kontrolle zeigt sich bis in den Text der Verfassungen ein lebhaftes Mißtrauen gegen die Zonen- und Zweizonenorgane. Manche wollen im Länderrat den Verteidiger des Partikularismus des Südens gegen den Norden sehen. Aber andre werfen ihm vor, in die Souveränitätsrechte der Staaten einzugreifen. Die Teilung der Macht zwischen diesen Organen und den Ländern stellt ein schwieriges und lebhaft erörtertes Problem dar. Man sieht sozialistische und kommunistische Minister, die sich Unitaristen nennen, protestieren, weil die höhern Organe ihre Initiative zügeln.

Im Osten ist die SED Königs, und will man ihr glauben, so gibt es keinen feurigeren Anhänger der Einheit. Die liberalen und christlich-demokratischen Parteien wetteifern mit ihr und überflügeln sie zuweilen. Politische Zeitungen und Redner haben bei unzähligen Gelegenheiten laut den Partikularismus, den Föderalismus, den Separatismus der Westzonen, das Spiel um die Verfassungen, als gefährlich für die Einheit Deutschlands verurteilt. Aber zu gleicher Zeit teilten die Zeitungen mit, daß die Ostprovinzen „ein sehr lebhaftes Autonomiegefühl" hätten. Autarkietendenzen zeigten und hinsichtlich des Warenaustausches wie fremde Länder sich an den Grundsatz der Gleichheit halten wollten!

Die preußischen Provinzen Sachsen und Brandenburg haben ihre Errichtung als Land und die Umwandlung ihrer Verwaltungen in Regierungen verlangt. In den fünf Ländern der Sowjetzone sind Parlamente gewählt worden, die Gesetze und Anträge beraten und abstimmen, ebenso Minister interpellieren ...; noch besser, sie erörtern und nehmen Verfassungen an.

Der Ausschuß der antifaschistischen Parteien in Berlin wurde befragt, für diese Verfassungen gemeinsame Grundlagen festzustellen. Aber Thüringen eilte diesen Entscheidungen voraus, — es hatte grade sich von neuem zum „Herz der deutschen Einheit" proklamiert — ein sehr junges Herz für einen tausendjährigen Körper: Thüringen wurde als Land erst 1920 konstituiert. Ohne Rücksicht auf seine Nachbarn gab es sich eine eigne Verfassung, und der Vorsitzende der SED, Wilhelm Pieck, erklärte, daß dies sein „demokratisches Recht" sei. Die Partei der sozialistischen Einheit hat übrigens im Text bestimmen lassen, daß die Enklave Ohlem in Bayern weiterhin ein Teil Thüringens sei. Will man zu den etwa zweihundert Enklaven zurückkommen, die unter der Republik von Weimar fortbestanden?

Die Provinz Sachsen wartete nicht auf die Koordination der Projekte, um über ihre Verfassung abzustimmen. Im Parlament erklärte einer der Führer der sozialistisch-kommunistischen Partei, Walter Ulbricht, daß es nicht notwendig sei, die Länderverfassungen zu vereinheitlichen oder die Thüringens zum Muster zu nehmen.

Der Name Sachsen-Anhalt wurde der Provinz infolge der Einverleibung des ehemaligen Landes Anhalt gegeben, aber die Abgeordneten stimmten darin überein, daß „die kulturelle Vergangenheit dieses Landes erhalten werden müsse".

Die Verfassungen der russischen Zone sind als „unitaristisch" präsentiert worden, und sie haben unter sich starke Ähnlichkeiten. Aber sie proklamieren die deutsche Einheit ungefähr mit denselben Worten wie die von Hessen oder Württemberg-Baden, und sie erscheinen nicht viel zentralistischer.

Die Feststellungen, die wir soeben gemacht haben, offenbaren uns einen dieser häufigen Widersprüche in der deutschen Seele: einerseits Hoffnung auf Einigkeit, wirtschaftliche Einigkeit aus Abscheu gegen die Zonengrenzen, politische Einheit auf Wunsch nach einer Zentralregierung, die befähigt ist, Deutschland zu vertreten; — aber andererseits über Partikularismus, feste Anhänglichkeit an die Heimat, an ihre Autonomie, an ihre Überlieferung. Nur der im französischen Memorandum vorgesehene Föderalismus ist geeignet, diesen widersprechenden Hoffnungen gerecht zu werden. Die Deutschen selbst erscheinen unfähig, die Einheit ihres Landes unter einer andern Form als der der Bundeseinheit zu begreifen.

***

Nouvelles de France

DIRECTION — REDACTION
ADMINISTRATION — ANZEIGEN
DRUCKEREI

Marktstätte 4 — Konstanz a. B.
Fernsprecher: Konstanz 590

Abonnements in der französischen Zone bei allen Postanstalten

In der brit. u. amerik. Zone nur im Straßenhandel erhältlich

P. JULLIEN
Verwaltungsdirektor

Unangeforderte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.

Kurzmeldungen

■ PARIS. — Am 1. internationalen Kongreß ehemaliger politischer Gefangener, der in Paris vom 20. März bis zum 8. Mai stattfindet, werden etwa 150 Delegierte aus 18 europäischen Nationen und Vertreter der 4 Großmächte unter dem Vorsitz von François Mitterand, französischer Minister für Veteranen und Kriegsopfer, teilnehmen.

■ LONDON. — Laut BBC werden die Familien von mehr als 100 deutschen Wissenschaftlern und Technikern, die in Großbritannien beschäftigt sind, nach England übersiedeln. Die Reise wird von der britischen Regierung bezahlt, ebenso wird dieselbe für Unterkunft sorgen.

■ DEN HAAG. — Unter dem Verdacht, während der Besetzung Hollands Kriegsverbrechen begangen zu haben, wurden 440 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit an holländische Behörden ausgeliefert.

■ MADRID. — Die spanische Anarchistenbewegung gab bekannt, daß sie sich für eine enge Zusammenarbeit mit den Monarchisten zum Sturz des Franco-Regimes und zur Abhaltung eines Volksentscheids über die zukünftige Regierungsform in Spanien entschlossen hätten.

■ ATHEN. — Der Leiter der griechischen kommunistischen Partei, Nikolas Zachariade, wurde als vermißt gemeldet.

■ NANKING. — Zu den 2010 Sitzen der neuen chinesischen Nationalversammlung sollen 10 Prozent Frauen zugelassen werden.

■ NEW YORK. — Henry Wallace erklärte in einer Rede, daß viele Amerikaner, die gegenwärtig weder das Programm der einen noch der anderen der beiden amerikanischen Parteien billigen, die Bildung einer dritten Partei für die nächsten Wahlen befürworten.

Gummistempel kurzfristig. Anfertigen von Farbstempeln. H. Freuen, Vaadrevange (Saar).

Jede Menge Stichwein

zur Weinessigfabrikation sucht zu günstigen Preisen in unsere Füllkeller

Weinessigfabrik Klosterneck Dr. Hammer & Co., Flonheim (Rheinhessen)

Briefmarken!

Großes Lager an Neuerscheinungen, Abonnements, Tausch-Rundsendeverkehr und Auswahlsendungen. Serien laufend gute und beste Marken Europas, sowie Marken der frzös. Zone bes. die Einzelwerte 10 Pfg., RM. 1.—, 2.— u. 5.—. Besonders gesucht: Die neuen Marken des Saargebietes. Erbitte Angebote mit Preisänderungen.

Hubertus Lange, (16) Wiesbaden 404, Langgasse 12.

Gummistempel liefert in alle Zonen kurzfristig Druckerei Gilst, (22b) Wissweiler (Pfalz).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

DEUTSCHLAND

Einheitliche Lebensmittelration

BERLIN, 29. März. — Das Direktorium für Wirtschaftsfragen der Kontrollkommission, in dem alle vier Besatzungsmächte vertreten sind, hat sich nach eingehenden Erörterungen geeinigt, einen Verpflegungssatz festzusetzen, dessen Kalorienwert für ganz Deutschland einheitlich sein soll.

Die neue Lebensmittelration für alle vier Zonen soll an Hand der Empfehlungen, die vom Vierer-Untersuchungsausschuß für die Frage der Verpflegung der Deutschen gemacht worden sind, bestimmt werden.

Beratungen bezüglich der einzelnen Verbrauchskategorien sind im Gange, um eine Lebensmittelverteilung für ganz Deutschland zu organisieren.

Berlin

Die Studentenverhaftungen in Berlin

BERLIN, 29. März. — Die CDU forderte den Berliner Magistrat auf, die Alliierte Kommandantur um Auskunft über die Verhaftung von Studenten und anderen Jugendlichen durch sowjetische Behörden zu bitten. Das Berliner Stadtparlament stimmte dem Antrag gegen die Stimmen der SED zu. Ein SED-Vertreter erklärte, daß es sich um eine Auswirkung des Kampfes um die Berliner Universität handle, wo faschistische Gruppen am Werk seien. Ein LDP-Vertreter erwiderte, bei den Verhaftungen handle es sich um eine Frage der Menschlichkeit und Demokratie. Die Zustände von früher dürften nicht fortgesetzt werden. Die Oeffentlichkeit müsse darüber aufgeklärt werden, welche Gründe zu den Verhaftungen geführt haben.

Sowjetische Kommandantur zu den Studentenverhaftungen

BERLIN, 29. März. — Zu den Studentenverhaftungen in Berlin hat die sowjetische Kommandantur eine Erklärung abgegeben, die in der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht wurde. In dieser Erklärung wurde mitgeteilt, daß die verhafteten Studenten werden geheimer faschistischer Tätigkeit, Aufbewahrung von Waffen und anderer Verbrechen festgenommen wurden. Unter ihnen befanden sich ehemalige SS-Angehörige.

Kardinal von Preysing aus den USA zurückgekehrt

BERLIN, 30. März. — Kardinal Conrad Graf von Preysing traf aus den USA kommend, auf dem Berliner Flughafen Tempelhof ein.

Der Kardinal berichtete, daß sein Besuch in den USA seinen Erwartungen entsprochen habe und er bei allen kirchlichen Kreisen der USA großes Verständnis für die Not Deutschlands begegnet sei. Zur Zeit seien mehrere Hilfsaktionen der amerikanischen Katholiken zur Linderung der Not im Gange.

Amerikanische Zone

Staatsangehörige ehemaliger Achsenmächte werden repatriiert

WIESBADEN, 29. März. — Die Wohlfahrtsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Hessen teilt mit, daß Staatsangehörige ehemaliger Achsenmächte voraussichtlich im April repatriiert werden können. In Hessen kommen dafür 528 Ungarn, 372 Rumänen, 126 Bulgaren und 1 059 Oesterreicher in Frage.

Während für Oesterreicher kein Repatriierungszwang besteht, sind die Angehörigen der übrigen angeführten Länder verpflichtet, in ihre Heimat zurückzukehren.

Wiedereinstellung von Beamten in Bayern

NÜRNBERG, 29. März. Bayrische Beamte, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu Nazi-Organisationen entlassen wurden und als vom Gesetz nicht betroffen erklärt sind, müssen nach der Verordnung über die Rechtsverhältnisse der vom Befreiungsgesetz betroffenen Beamten wieder in ihre bisherige oder in eine gleichartige Stellung eingesetzt werden. Entlastete sollen gleichfalls wieder in ihre alten Stellungen eingesetzt werden. Mitläufer können als Beamte auf Probe wieder verwendet werden und nach drei Jahren reguläre Beamte werden. Minderbelastete können während ihrer Bewährungsfrist als Angestellte beschäftigt werden. Nur Hauptschuldige und Belastete dürfen weder als Beamte noch als Angestellte im öffentlichen Dienst verwendet werden.

Nach dem Nürnberger Bombenattentat

NÜRNBERG, 29. März. — Die Beschreibung von zwei Männern, die vermutlich am 26. März das Attentat gegen die Versorgungsstelle für rassisch Verfolgte ausübten, ist nun von der Polizei in allen Städten der amerikanischen Zone angeschlagen worden.

In einem Aufruf der Kriminalpolizei heißt es, daß es die unerläßliche Pflicht eines jeden ist, an der Aufklärung des Verbrechens mitzuarbeiten.

Zur Wohnraumlage in Württemberg-Baden

STUTTGART, 29. März. — Der Leiter der amerikanischen Militärregierung Württemberg-Baden, Sumner-Sevall, stellte auf einer Pressekonferenz über die Beschlagnahme von Wohnräumen in Württemberg-Baden fest, daß 335 510 Räume bewohnt, aber reparaturbedürftig und 1 680 340 Räume nicht reparaturbedürftig seien. Davon hätten die amerikanischen Besatzungstruppen 38 794 Räume belegt.

Simpfendörfer demissioniert

STUTTGART, 29. März. — Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier gab in der badisch-württembergischen Landtagssitzung die Erklärung ab, daß Kultusminister Wilhelm Simpfendörfer um seine Entlassung gebeten hat. Wie erinnerlich, war Simpfendörfer als Ermächtigungsgesetzler von dem öffentlichen Ankläger angeklagt worden, worauf der öffentliche Ankläger abgesetzt wurde.

Britische Zone

Demonstrationen in der britischen Zone

DÜSSELDORF, 29. März. — Vor einigen Tagen fanden in Wuppertal Demonstrationen statt, über die wir bereits am Donnerstag berichteten. Gegen Ende der Woche fanden ähnliche Kundgebungen in zahlreichen anderen Städten der britischen Zone statt.

In Hannover protestierte eine Abordnung der Gewerkschaften und Betriebsräte während einer Landtagssitzung beim Landwirtschaftsminister Block. Die Abordnung erklärte, es müsse befürchtet werden, daß es zu umfangreichen Arbeitseinstellungen komme. Die Gewerkschaften können keinerlei Verantwortung für die sich entwickelnden Folgen des Hungers übernehmen.

In Essen fanden in zahlreichen Betrieben und in einer Reihe von Kohlenzechen Kundgebungen und Streiks statt, um gegen die Ernährungslage zu protestieren.

In Köln manifestierten 80 000 Arbeiter aus 50 Industriebetrieben. Sie forderten sofortige Hilfsmaßnahmen und Bereitstellung von Lebensmitteln.

In Düsseldorf fanden größere Demonstrationen statt. Etwa 100 000 Personen bewegten sich in langen, geordneten Zügen durch die Straßen und führten Transparente mit sich, auf denen Schlagworte wie: „Wir wollen keine Kalorien, wir wollen endlich etwas zu essen haben!" zu lesen waren.

Anschließend hielt der Führer der Düsseldorfer Gewerkschaften eine Ansprache, in der er betonte, daß es in der gegenwärtigen Hungersnot um das Leben von Tausenden geht.

Von britischer Seite wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht, wonach sämtliche Demonstrationen in der britischen Zone in Ruhe und Ordnung verliefen.

Mitteilungen aus dem Kulturleben

„DIE DEUTSCHE KUNST"

Der Pariser Verlag Larousse veröffentlichte unter obigem Titel eine Studie von Pierre de Colombier, die die Entwicklung der deutschen Malerei und Bildhauerei seit ihren Anfängen darstellt.

NEUAUFLAGE VON GEORGES POLITZER

Die Pariser „Editions Sociales" bringen eine Neuauflage von „Revolution und Gegenrevolution im 20. Jahrhundert" des französischen Philosophen Georges Politzer heraus, der von den Nazis ermordet worden ist. Die genannte Schrift wurde zuerst illegal 1941 in Frankreich gedruckt und verbreitet. Sie ist eine Antwort auf eine Rede von Alfred Rosenberg, die in der während der Besetzung in Paris herausgegebenen „Deutschen Zeitung in Frankreich" unter dem Titel „Abrechnung mit den Ideen von 1789" veröffentlicht wurde.

Theater und Konzerte

SONNTAG, 30. MÄRZ

BADEN-BADEN: Symphonie-Konzert mit Monique Haas.
DONAUESCHINGEN: Kunsthalle.
KONSTANZ (Stadttheater, 18.30 Uhr): Menschenkinder große Stunde.

MONTAG, 31. MÄRZ

KONSTANZ (Stadttheater, 18.30 Uhr): Das verschlossene Haus. — (21.30 Uhr): Konzertballett.

DIENSTAG, 1. APRIL

BADEN-BADEN: Paroles et musique.
BIBERACH: Konzertballett.
KONSTANZ (Stadttheater, 20 Uhr): Das verschlossene Haus.
WORMS: Klavierabend Monique Haas.

STRASBOURG
UN LOCAL GAI ET CHIC
RIO
BAR — DANCING — BAL
9, PLACE KLEBER

Das Wichtigste im Radio

SÜDWESTFUNK
[47,46 m, 205 m, 241,9 m, 291 m, 362 m]
Alle Tage: 6, 7, 8, 8.30 (franz.) 13, 22, 22.45 Uhr Nachrichten

DER „SÜDWESTFUNK" FEIERT GEBURTSTAG

Am 31. März 1947 besteht der „Südwestfunk", der die fünf Rundfunksender der französischen Zone in Baden-Baden, Freiburg, Sigmaringen, Kaiserslautern und Koblenz betreut, ein Jahr. Anläßlich dieses Jubiläums wird am Sonntag, dem 30. März, ein festlich gestaltetes Programm aus Baden-Baden gesendet.

Um 11.00 Uhr vormittags findet im Gartensaal des Baden-Badener Kurhauses die Eröffnung einer Rundfunkausstellung statt, die einen Ueberblick über die Entwicklung des Funkwesens im allgemeinen gibt und den Wiederaufbau des Rundfunks in der französischen Zone besonders eingehend behandelt.

Am Nachmittag versammeln sich die Pressevertreter der Zone auf Einladung des „Südwestfunk" in Baden-Baden.

Das öffentliche Studiokonzert im Kurhaus Baden-Baden, das — wie immer — von 17.00 bis 19.00 Uhr durchgeführt wird, trägt aus Anlaß des Jubiläums ein besonders festliches Gepräge. Als Gastdirigent wurde Hans Schmidt-Isserstedt, der musikalische Oberleiter des „Nordwestdeutschen Rundfunk", gewonnen, der an diesem Tag das einhundert Mann starke Große Orchester des „Südwestfunk" dirigieren wird. Die vier alliierten Nationen sind mit je einem Komponisten im Programm vertreten, und zwar: England mit William Boyce, einem wenig bekannten Komponisten des 18. Jahrhunderts, Frankreich mit Hector Berlioz, Amerika mit einem seiner bedeutendsten zeitgenössischen Komponisten, Samuel Barber, und die Sowjetunion mit dem Vater der russischen Nationalmusik, Mily Balakirew. Die deutsche Musik ist mit dem großen Namen Mozart vertreten; die junge Pariser Pianistin Monique Haas spielt sein Klavierkonzert in d-moll.

Von 21.00 bis 23.30 Uhr bildet ein großer bunter Abend im Kurhaus unter dem Titel „Geburtstagsgrüße aus Baden-Baden" den Abschluß des festlichen Tages. Bei dieser Sendung wirken mit: Lale Andersen, Magda Hain, Margot Bietscher, Evelyn Künneke, Ilse Werner, Werner Fochmann, Willi Glahé, Bob Iller, Michael Jary, Kurt Max Richter u. v. a. Den musikalischen Teil bestreiten die Kapellen Conny Fischer und Hubert Deuringer sowie Carl Friedrich Homann (Klavier). Die Leitung hat Rudolf Förster.

31. MÄRZ

11.30	Frankreich spricht zum deutschen Volk
13.45	Unterhaltungskonzert
19.30	Kreuz u. quer durch Deutschland Nachrichten aus allen Zonen
18.45	Französisch im SWF (Für Fortgeschrittene)
19.00	Kleine Abendmusik
19.15	Sportschau am Montag
19.40	Die Tribüne der Zeit
20.00	Le magazine de France
20.15	Musikalisches Rendezvous — das heitere Künstlertreffen
21.10	Einkehr bei Goethe
21.15	Solistenkonzert Carl Seemann (Klavier), Mozart: Sonate D-dur, KV 576; Claude Debussy: Pour le piano
21.45	Frankreich spricht zum deutschen Volk
22.15	Musik der Welt im SWF — Zum 50. Todestag von Joh. Brahms: Sinfonie Nr. 4 e-moll, op. 98. BBC-Orchester, London, unter Bruno Walter
22.00	Dichtung der Welt — André Gide: Préludes
23.15	„Tausende Tasten" mit Eric Hein
23.30	Vicente Gomez, der spanische Gitarrist, spielt Melodien von Bach, Sors und Gomez

RADIO
MILITAIRES: Du passage à Strasbourg visitez l'exposition de nos modèles 1947
MARCONI - POINT-BLEU - RADIO-LL
TELECO, ARCO, SCHNEIDER et HORNETT
Grand choix en postes portatifs
RADIO-BRAUN
47, Faubg des Tanneurs, à 10 m de la Place Kléber
Vous nous servis par un ancien combattant

1. APRIL

11.30	Frankreich spricht zum deutschen Volk
13.45	Unterhaltungskonzert
19.30	Kreuz u. quer durch Deutschland Nachrichten aus allen Zonen
18.45	Französisch im SWF (Wiederholungskurs für Anfänger)
19.00	Kleine Abendmusik
19.15	Theodor Heuß: Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte — Um die deutsche Frage
19.40	Die Tribüne der Zeit
20.00	Le Magazine de France
20.15	15 Minuten alte Musik, Arthur Paid (Laute): Gaillarde eines unbekannten Meisters des 16. Jahrhunderts; Tanz und Nachtlied aus dem Lautenbuch eines unbekannten Lautenisten des 16. Jahrhunderts; Gavotte (Krieebach); Sarabande und Gavotte (Ludovico Roncalli); Balle (Robert de Visée)
20.30	Hörspiel: „Die Geburt des Friedens" von René Descartes. Regie: Karl Peter Bihr (Wiederholung)
21.30	Lieder von Peter Tschaikowsky; Emma Mayer (Alt); Hans Haagen (Klavier): 1. „Wolle noch", 2. „Kein Klagelaut", 3. „An den Schlaf", 4. „Warum?", 5. „Nur wer die Sehnsucht kennt"
21.45	Frankreich spricht zum deutschen Volk
22.15	„Wir lieben auf!" — Ein musikalischer Filmquerschnitt von Hans Wolfgang Berg
22.45	Unterhaltungskonzert

Französische Radiostunde

Kurs für Fortgeschrittene

Südwestfunk

Am 31. März 1947, 18.45 Uhr, über Sender:

Koblenz (291 m) Kaiserslautern (205 m) Freiburg (362 m) Baden-Baden (47,46 m) Sigmaringen (241,9 m)

F. — Bonsoir Mesdames, bonsoir Messieurs.

H. — Bonsoir Madame.

F. — Heute wiederholen wir das Kapitel der zusammengesetzten Hauptwörter: **les mots composés.** Bestehen die zusammengesetzten Wörter aus zwei Hauptwörtern oder aus einem Hauptwort und einem Beiwort, so nehmen beide Wörter ein «s» in der Mehrzahl (gegebenenfalls ein «x» in der Mehrzahl). **Le grand-père, les grands-pères**: die Großväter. **La coffre-fort, les coffres-forts**: die Geldschränke. **Le chou-fleur, les choux-fleurs**: die Blumenkohle. Besteht das zusammengesetzte Hauptwort aus einem Hauptwort und einem Zeitwort oder aus einem Hauptwort und einem unveränderlichen Wort, so nimmt das Hauptwort allein ein «s» in der Mehrzahl: **l'essuie-main**: das Handtuch, **les essuie-mains. Le porte-plume**: der Federhalter, **les porte-plumes. Le tire-bouchon**: der Korkenzieher, **les tire-bouchons. Le vice-directeur**: der Vizedirektor, **les vice-directeurs.** Wenn die beiden Hauptwörter durch eine Präposition verbunden sind, so nimmt der erste allein ein «s» (gegebenenfalls ein «x») in der Mehrzahl: **le chef-d'œuvre**: das Meisterwerk, **les chefs-d'œuvre. Le sur-à-cheval**: das Hufeisen, **les fers-à-cheval. L'eau-de-vie**: der Branntwein, **les eaux-de-vie.** Aber: **la grand-mère**: die Großmutter, **les grand-mères. La grand-route**: die Hauptstraße, **les grand-routes.** Denn gibt es eine Reihe von Hauptwörtern, die den zusammengesetzten sehr ähnlich sind: **la chambre à coucher**: das Schlafzimmer. **La tasse à thé**: die Teetasse (eine Tasse Tee: **une tasse de thé). La salle de bain**: das Badezimmer. **La salle de classe**: das Schulzimmer. **La salle d'attente**: der Wartesaal. **Le moulin à café**: die Kaffeemühle, etc. In vorstehenden Wörtern bekommt nur der erste Teil das «s» in der Mehrzahl. Umgekehrt gibt es im Französischen Hauptwörter aus einem einzigen Wort, die aber im Deutschen aus zwei Wörtern bestehen: die Hausfrau: **la ménagère**; der Buchhalter: **le comptable**; der Apfelbaum: **le pommier**; der Birnbaum: **le poirier**; der Kirchbaum: **le cerisier**; der Kirchhof: **le cimetière**; der Bahnhof: **la gare**; der Feuerwehrmann: **le pompier.**

Bonsoir Mesdames, bonsoir Messieurs.

H. — Bonsoir Madame.

KLEINE ANZEIGEN

HERBERT BURGWEGER, Briefmarkenhandlung, Heidelberg - 254, Rohrbacherstraße 31. Ankauf — Verkauf — Tausch — Auswählen — Neuheitendienst. Verlangen Sie bitte meine Werbeschriften und Preislisten.

BRIEFMARKEN, Tausch und Kauf auf Barbasis und bargeldlos. Kostenlose Auskunft durch Bundesendungs-Tauschverkehr „Blume", Hannover-Wülfel, Wiehbergstraße 31.

DIE NEUEN BRIEFMARKEN der franz. Zone kauft oder tauscht gegen die neuerscheinenden Marken der anderen Zonen Franz Müller, Briefmarkengroßhandlung, Berlin-Steglitz, Holsteinische Straße 12a. Telefon 72 16 13. Angebote erbitte mit Preisangabe. Ankauf, Verkauf, Versand.

BRIEFMARKEN! Ankauf von Briefmarken einzeln und in ganzen Sammlungen, Verkauf, Kommission, Auswählen und Neuheitendienst! Verlangen Sie unsere Angebote! Briefmarkenhaus Ammerland, Inh. Wessels u. Co., Oldenburg, Haarenstraße 18.

BRIEFMARKEN-ALBUM Deutschland 1945—1946 mit 10 kompl. Sätzen, por RM. 40.— Portofrei! Voreinsendung Westmann Postscheckkonto Saarbrücken 136 20 oder in Noten per Einschreiben Alfred Brückner, Fachgeschäft seit über 20 Jahren, Berlin-Neukölln, Lichtenrader Straße 86.

CHARAKTERDEUTUNG aus der Handschrift, Graphologische Gutachten für Private und Geschäftsleute. Tintengeschriebene Schriftproben von mindestens 30 Zeilen unter Angabe von Alter, Geschlecht und Beruf. Honorar: einfache Analyse 10 RM., ausführliche 20 RM., vergleichende (Vergleich zweier Handschriften) 30 RM. Bezahlung durch Einschreibebrief oder Postanweisung. Dr. H. E. Wechlin, Bad Godesberg/Rh., Beethovenstraße 24.

STEFFANZ MACHT FREUDE! Fernunterricht in 6 Lektionen. Anfragen an Stefan Trhal, (14a) Ulmtegen bei Göppingen.

DRINGEND zu kaufen gesucht: 1000 bis 2000 kg Papierkordel, 2—3 mm stark, evtl. auch kleinere Mengen. Angebote an Fa. Rudolf Hoffmann, Bad Dürkheim/Pfalz Goethestr. 17.

WER liefert laufend Schnellen in allen Größen u. in größeren Mengen, roh, geschnitzt oder bemalt? Ang. unt. Nr. 3685 SÜDWEST Vertriebs- u. Werbegesellschaft m.b.H., Karlsruhe, Postfach 200.

FEUERSTEINE stellen Sie sich selbst her. Rezept sch. Sie geg. RM. 6.— im Brief. A. Reif, Nürnberg 18, Postf. 12 für Abt. 12 Neuw.

Heiraten

DAMEN MIT EXISTENZ heiraten diskret. Fordern Sie gratis Prospekt 101. „Der Eherlag", Braunschweig, Schließfach.

DR. MED. ARZT, Anf. 30 J., gute Erscheinung, aus bester Familie, vielseitig interessiert, sucht Neig.-Ehe. Näh. d. Frau Karla Schulz, (11) Ehesanbahnung, Hannover, Seelhorststraße 22.

GUTAUSSEHENDE DAME, Witwe, bietet strebsamem Herrn Einheirat in ausbaufähigen Betrieb. Näheres unter 104 durch Briefbund Treuhand, Geschäftsstelle München 41, Schließfach 37.

EHE-BRIEFBUND „DAHEIM", Hannover-Wülfel, Postfach, bietet Ihnen Lebensfreude durch eine glückliche Ehe. Diskrete Auskunft kostenlos.

DIPL. ERZIEHERIN, 33 J., kath., 1,70 groß, schlank, mit Teilzeitsteuer u. Vermögen, sucht Einheirat. Anfragen u. U 1 beantwortet Frau Berta Müller, Ehenanbahnung, Konstanz, Allmannsdorfer Straße 67.

EINHEIRAT in gutgehendes Unternehmen bietet lebensbejahende Dame, tüchtig, Herrn über 45 J., auch Witwer m. Kind. Näh. unt. 134 durch Briefbund „Treuhelf", Geschäftsstelle (20) Hannover, Poriant 9, postlag., an Graseweg.

Attention! CONSULTEZ NOTRE RAYON de RADIOS
vous y trouverez les marques mondiales les plus récentes ainsi que les petits postes portatifs
S. WOLF
24, rue de la Mésange
STRASBOURG
Tél: 407.03
Dépositaire DUCRETET-SONORA

aus aller Welt

■ KÖLN. — In einer Versammlung vor dem Rathaus sowie in Straßendemonstrationen hoben die Belegschaften mehrerer großer Betriebe gegen die mangelhafte Ernährungslage protestiert. Aus dem gleichen Grunde haben etwa 8000 Arbeiter im rechtsrheinischen Köln einen mehrstündigen Proteststreik durchgeführt.

■ STUTTGART. — Die amerikanische Militärregierung hat den Antrag des Länderrates, bestimmte leichte Strafsachen Friedensrichtern oder Friedensgerichten zu übergeben, abgelehnt.

■ MÜNCHEN. — Am 11. und 12. April wird das bayrische Rote Kreuz in Ingolstadt seine konstituierende Landesversammlung abhalten. Bei dieser Gelegenheit soll die Wahl des endgültigen Landesvorstandes erfolgen.

■ CUXHAVEN. — Der stellvertretende Oberbürgermeister von Cuxhaven, Johann Kross, wurde als Gemeinschaftskandidat der FDP, NLP und CDU zur Landtagswahl am 20. April aufgestellt.

■ BERLIN. — Das Berliner Stadtparlament hat den Antrag der LPD, bei den Besatzungsbehörden Verhandlungen einzuleiten, damit den praktizierenden Ärzten im Gebiet Groß-Berlins Kraftwagen zur Ausübung ihrer Praxis zur Verfügung gestellt werden, einstimmig angenommen.

■ BERLIN. — Der Generalsekretär des Zentralrats für die britische Zone, Dr. Walther, hat die Schaffung einer Wirtschaftsverfassung als System der fundamentalen Rechtsnormen des Wirtschaftslebens gegen einer künftigen Verfassung für ganz Deutschland vorgeschlagen.

■ BERLIN. — Auf einer Betriebsversammlung wurde den gewerkschaftlich organisierten Angehörigen der Borsig-Betriebe vom FDGB ein Entwurf zu einer Massenklage gegen die Betriebsleitung der Firma Borsig in Berlin-Tegel wegen Sittenwidrigkeit und Verstoßes gegen „Treu und Glauben der Belegschaft" vorgelegt.

IHR WUNSCH: MEHR SPECK. Darum müssen Sie die Freßlust Ihrer Schweine durch tägliches Füttern des bekannten Freßpulvers ERGONA fördern. ERGONA-Freßpulver verbessert das Allgemeinbefinden der Tiere durch bessere Futterverwertung u. verkürzt die Mastzeit und das ist für Sie besonders wichtig. Aber auch Knochenschwäche und Steifheit der Beine beseitigt ERGONA-Freßpulver. Sie erhalten es, wie alle ERGONA-Erzeugnisse, in Apotheken, Drogerien, Futtermittelhandlungen usw. OTTO KOCH, chem. u. pharm. Fabrik, Mödlenbach i. Odenwald.

Das Ausland schreibt:

GROSSBRITANNIEN

KÜNFTIGE WANDLUNG DER STREITKRÄFTE

„Times" behandelt in ihrem Leitartikel ein Thema, das sowohl in Frankreich wie in England zeitgemäß erscheint, da ja beide Länder sich im Anbetracht des Mangels an Arbeitskräften bemühen, ihre militärischen Streitkräfte zu verringern.

Das englische Blatt untersucht die Veränderungen, denen die jetzt fertigen bewaffneten Kräfte im Anbetracht der Einführung neuer Waffen wie der Atombombe, der V 1, V 2 usw. vermutlich unterzogen werden müssen. Während manche erachten, daß infolge dieser neuen Waffen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung stehender Heere und der üblichen Waffengattungen hinfällig wird, ist die „Times" anderer Meinung. Als Beweis ihrer These führt sie die Luftfahrt und ihre Rolle im letzten Kriege an:

„Jedes Land hätte den Krieg gewinnen können, die einzige Bedingung war eine überlegene Bombardierungsluftflotte; mit einer genügenden Zahl von Bombengeschwadern konnte der Krieg in wenigen Wochen, wo nicht in wenigen Tagen beendet werden. Als Deutschland 1940 seine Luftangriffe gegen England richtete, schien es ganz derselben Meinung zu sein.

Wenn heute ein beliebiges Land Fabriken zur Herstellung von Atombomben, jedoch nicht die nötigen Streitkräfte besitzt, die zu ihrem Schutz notwendig sind, wird dieses Land unverzüglich von seinen Nachbarn im Sturm genommen werden, weil sie natürlich befürchten, daß es eine Bedrohung für den Frieden werden könnte. Aus diesem Grunde sind wir noch so weit von dem Augenblick entfernt, da die bewaffneten Kräfte abgeschafft werden können.

Wir haben z. Zt. eine übermäßig große Zahl von Soldaten in der Welt, und diese Lage dürfte sich noch recht lange nicht ändern. Selbst wenn in einem kommenden Jahrtausend jede Kriegsmöglichkeit ausgeschaltet würde, müßte doch höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit einer Art internationaler Polizei bestehen, genau wie heute jeder wohlorganisierte Staat seine nationale Polizei besitzt."

IN DER SOWJETZONE

Der Sonderkorrespondent des „Manchester Guardian" veröffentlicht einen Artikel über das Leben in der russischen Zone, dem er eingangs vorausschickt, daß ihm die Kürze seines Aufenthalts kein eingehendes Studium der Frage erlaubt habe. Er schreibt unter anderm:

„In politischer Hinsicht zeigt die Bevölkerung sich stärker interessiert als in den andern Zonen. Während in Berlin und in jedem andern Teil Westdeutschlands die Erwähnung der Moskauer Konferenz stets höchstens auf ein Lächeln oder ein Achselzucken stößt, werden die Einzelheiten der Konferenz in Leipzig mit Eifer besprochen.

Wie in ganz Deutschland sieht man auch in den Ostzonen die Ordnung der Zonengrenzen herbei. Eine Frau sagte mir, sie hätte den Eindruck, in Asien zu leben; das sowjetische System, ganz gleich, ob man es als gut oder schlecht ansehen wolle, bliebe etwas durchaus Fremdes für sie.

Die Steuern sind hoch, und aus den Berichten der Sachverständigen geht hervor, daß die öffentlichen Einnahmen die Ausgaben um 6 Millionen Mark übersteigen. Die Rohstoffvorräte sind erschöpft, die Industrie liegt völlig in Verwirrung. Man hat durchaus den Eindruck, daß es nur einer kleinen Schraube bedürfte, um alles wieder in Gang zu setzen, und daß nichts vorwärtsgingen, solange eben diese kleine Schraube fehle.

Die Leipziger Messe ist ein schlagender Beweis dafür. Unter den Ausstellern waren nur 22 Textilunternehmungen gegen 150 vor dem Kriege. Mehrere dieser Betriebe müssen ihre Erzeugnisse als Reparationsleistungen nach der UdSSR liefern, verarbeiten allerdings auch nur russische Wolle und Baumwolle. Der Mangel an Präzisionsmaschinen, an Werkzeugen und an Wagen macht sich immer mehr bemerkbar. Die ausgestellten Gefährte scheinen im Vergleich zu den in Ausland gezeigten um mehrere Jahre im Rückstand zu sein.

Die sowjetische Reparationspolitik hat die Wirtschaft der östlichen Zone vollkommen aus dem Gleichgewicht gebracht. Im Vergleich zum Vorjahr stellt sich die Lage ungefähr wie folgt dar:

Ernährung: unverändert.
Transportmittel: ohne Zweifel viel schlechter.
Kohle und Elektrizität: offensichtlicher Rückgang.
Allgemeine Stimmung: pessimistisch wegen willkürlicher Entnazifizierung, allgemeiner Sozialisierung und wachsender Arbeitslosigkeit.

Aus diesen, in wenigen Tagen gesammelten Eindrücken, darf man nun nicht schließen, daß die Bewohner der Sowjetzone schlechter ernährt sind als die der andern Zonen, doch ist ihre Kleidung abgenutzter und ihr ganzes Aussehen angepaßter. Andererseits scheinen sie am Zeitgeschehen lebhafteren Anteil zu nehmen als die andern, obwohl ihre Lebensweise weniger regelmäßig und ihre Sicherheit geringer ist."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Lebenserfolg

durch Lebensübung, Entwicklung natürlicher Gaben, körperliche Schönheit, jugendliche straffe Figur, seelische Anmut, interessante Erscheinung, Lebenskultur, Beseitigung von Komplexen usw. Brieflicher Rat nach ärztlichen Winken. Teilnehmerzahl begrenzt. Anmeldegebühr 10 RM. wird angerechnet. PS-Konto München 43 906. Programm durch

M. Willy Schneider, Kaimbach M 19. Postfach.

Erstmaliger Gedankenaustausch nach dem Kriege über die Ziele französischer und deutscher Jugendorganisationen

AUF Grund einer Einladung des Herrn Gouverneurs Guerin trafen sich am Sonntag, den 9. 3. 1947 im Anschluß an die Eröffnung der Ausstellung der französischen Jugend in Trier die Vertreter der deutschen Jugendorganisationen im Hotel Christophel, um freimütig und offen von ihrer Kritik an der Ausstellung und von ihren durch die Ausstellung gewonnenen Eindrücken zu sprechen.

Allein schon die Tischrunde, deren Vorsitz der Herr Gouverneur übernahm, ließ erkennen, daß hier ein Weg beschritten wurde, der Hoffnungen für eine Verständigung der Jugend über Ländergrenzen hinweg aufkommen läßt, die — wie auch vom Herrn Gouverneur abschließend betont wurde — für eine allgemeine Völkerverständigung unerläßlich sein wird.

Man sah neben den Herren der Militär-Regierung den Herrn Minister für Kultur und Erziehung im Land Rheinland/Pfalz, den Herrn Regierungs-Präsidenten, das Oberhaupt der Stadt Trier, Herrn Oberbürgermeister Kemper, sowie als Vertreter der Geistlichkeit den Herrn Dechanten von Prüm. Die Jungen und Mädchen konfessioneller Jugendverbände, der Sozialistischen Jugendbewegung „Die Falken", der Freien Deutschen Jugend, der neu gegründeten Moselländischen Jugend und der Gewerkschaften saßen in gleicher Runde, um ohne Zwang von dem zu sprechen, was sie vor wenigen Minuten gesehen hatten und was der größte Teil von ihnen überhaupt zum ersten Mal erlebte: Jugend einer anderen Nation gibt Kunde von ihrem Wollen und von ihrem Planen für die Zukunft.

Die Einführungsworte des Herrn Administrateur Délobel, die nochmals zur Freimütigkeit aufforderten, stellten gleichzeitig den eigentlichen Zweck des Zusammenseins heraus, indem in ihnen darauf hingewiesen wurde, daß die z. Zt. noch nicht möglich gewordene Führung durch die Ausstellung durch französische Jugend vermutlich manche Zweifelsfrage und manche Kritik ungesagt bleiben ließe, was durch die nun folgende Aussprache hoffentlich verhindert wird.

Die ersten Fragen erbaten natürlich vor allen Dingen Auskunft über die Organisation der U.P.O.J., wobei nur zu erklärlich ist, daß in der deutschen Jugend nach den gemachten Erfahrungen eine gewisse Abneigung vor Zusammenschlüssen besteht. Umsomehr Erleichterung verspürte man im Kreis der Jungen und Mädchen, als die Ausführungen des Herrn Administrateur Délobel bewiesen, daß das Eigenleben der einzelnen Jugendverbände innerhalb des freiwilligen Zusammenschlusses zur U.P.O.J keine Schmälerung erfahren würde. Ausführlich wurde die Frage der politischen Haltung der Jugend und insbesondere der deutschen Jugendorganisationen behandelt. Es kam den Vertretern der deutschen Jugend dabei klar zum Bewußtsein, daß die Jugendverbände ihres Nachbarvolkes mit großem Interesse die Entwicklung der Jugend in Deutschland beobachten und daß ein erneutes Vorbeigehen der deutschen Jugend an den demokratischen Bestrebungen in Deutschland unmöglich gemacht werden muß.

Mit Beifall wurde eine Mitteilung des Herrn Gouverneur aufgenommen, wonach schon im vergangenen Herbst Mitglieder der Sozialistischen Jugendbewegung einer Einladung ihrer französischen Jugendfreunde folgen und an einer gemeinsamen Zusammenkunft teilnehmen konnten. Auch für die anderen Jugendverbände sei bald eine engere Fühlungnahme zu erwarten.

Angeregte Unterhaltungen belehrten die deutsche Jugend über Auffassungen des Nachbarvolkes in Dingen der Kunst, Literatur und Schule. Es war interessant, dabei zu hören, daß die französische Schule keine weltanschaulichen Bindungen hat und vielleicht auch dadurch der französische Mensch zu klareren politischen Erkenntnissen gelangt. Diese Unterhaltung zeigte außerdem, daß auf deutscher Seite der Wunsch besteht, in kommenden Ausstellungen der U.P.O.J. noch mehr vom eigentlichen seelischen Erleben der französischen Jugend gezeigt zu bekommen.

Nachdem der Herr Minister die deutsche Jugend aufforderte, Vertrauen in sich zu haben, da ihm die Aussprache gezeigt habe, daß es gerechtfertigt ist, sprach Herr Ducarré als unmittelbarer Vertreter der U.P.O.J. mit herzlich gehaltenen Worten von dem Verständnis der französischen Jugend für die Schwierigkeiten der deutschen Jugendverbände. Menschlichkeit und Solidarität müßten trotzdem oberstes Gesetz der Jugend werden, um der gequälten europäischen Menschheit den Frieden und das Glück zu bringen.

Ehrlichen Dank zollten die deutschen Sprecher dem Herrn Gouverneur, der U.P.O.J. und ganz besonders der Abteilung „Sports et Jeunesse" für die hoffentlich nun endlich fester werdenden Verbindungen zum Nachbarvolk und seiner Jugend.

Der Herr Gouverneur schloß die Aussprache mit der zum Ausdruck gebrachten Zuversicht, daß die Jugend es sein muß und sein wird, die den Alten die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bringen wird. Er erinnerte die anwesenden Jungen und Mädchen daran, daß sie als Jugend der ältesten Stadt Deutschlands eine Verpflichtung darin zu sehen hätten, die sie in die vorderste Reihe der für die Humanitätsideale kämpfenden jungen Menschen stellen muß.

La question grecque sera-t-elle inscrite à l'ordre du jour de l'O. N. U.?

SUITE DE LA PREMIERE PAGE

M. Warren Austin a ajouté que l'aide américaine était directement liée à l'action du Conseil de sécurité dans les Balkans et concordait avec la tâche des Nations unies, « car, a-t-il dit, **elle est destinée à renforcer la sécurité collective de l'O.N.U.** ».

Pour conclure, le délégué américain a affirmé : « **les Etats-Unis ne veulent pas dominer. Ils appuieront la sécurité collective pour tous les Etats, petits ou grands. Les Etats-Unis respecteront naturellement le droit pour tous les membres des Nations unies d'adopter le mode de vie ou de système de gouvernement qu'ils entendent choisir, pourvu cependant que ce choix soit libre et que certains pays ne portent pas atteinte aux droits ou libertés des autres peuples** ».

Après les déclarations du délégué américain, M. Gromyko prit de nouveau la parole pour affirmer que M. Warren Austin venait de soulever une « question importante ».

Il fit connaître son intention de l'étudier longuement et promit de prendre position à ce sujet lors de la prochaine réunion du conseil de sécurité qui doit avoir lieu le 7 avril.

M. Griffis est nommé ambassadeur des U.S.A. à Varsovie

WASHINGTON. — La Maison Blanche annonce la nomination de M. Stanton Griffis comme ambassadeur des Etats-Unis en Pologne, en remplacement de M. Arthur Bliss Lane qui a donné sa démission.

Comme le temps passe

LE 30 MARS 1844 naissait, à Metz, Paul Verlaine. Une mauvaise fée se pencha sur son berceau. Elle lui donna la laideur et la rendit de deux étranges et contradictoires.

Au merveilleux poète qui sut transposer en strophes harmonieuses l'art des Lancret et des Watteau, elle donna le goût du jargon de collégien et du langage ordurier.

Au mystique religieux, elle donna le goût des débauches crapuleuses.

Au rebut d'humanité qui traînait d'hôpital en bouge, elle donna la gloire du poète maudit.

Pauvre Lélian ! Quel démon pervers t'habita sans relâche jusqu'au jour même où la mort vint te surprendre au cul le carreau d'un taudis de la rue Descartes.

A. M.

*

LE 31 MARS 1727 mourait Isaac Newton à Kensington. Cette petite ville est maintenant incorporée à Londres. Il fut inhumé à l'Abbaye de Westminster.

Il s'était intéressé, tout jeune, à l'astronomie et avait construit de ses propres mains un télescope réflecteur.

C'est en 1665, à Woolsthorpe, que se situe l'anecdote de la pomme rapportée à Voltaire par la nièce du savant. Il avait vingt-trois ans.

Par un beau clair de lune, Newton, voyant tomber un fruit, se demanda pourquoi la blonde Phébé, elle, ne tombait pas. Ainsi serait née la théorie de la gravitation universelle. L'histoire est si jolie qu'il serait inconvenant de la prétendre apocryphe.

L'arbre, devenu lieu de pèlerinage, fut détruit par la foudre. Avec ses débris on eut l'étrange idée de faire une chaise qui fera l'objet de la vénération des visiteurs jusqu'à ce que les termites du vers à bois la fassent tomber en poussière.

A. M.

ANZEIGEN

Für diese Zeitung bei EDITION MAX REICHELT, (17b), VILLINGEN Schwarzwald).

Werk in Konstanz sucht laufend für vordringliche Arbeiten (Prioritätsbetrieb A)

Dreher, Schlosser
Werkzeugmacher
Schreiner, Tischler
Hilfsarbeiter

Durchgehende Arbeitszeit. Warme Mittagsverpflegung ohne Markenabgabe in der Werkskantine.
Werkzeugmaschinen jeder Art laufend zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 23 092 **Havas, Konstanz, Marktstätte 4.**

KLEINE ANZEIGEN

BILANZBUCHHALTERIN, 39 J. alt, 1,65 m gr., schlank, rothlond, angen. Aeuß., Beamtenwitwe, m. 17jähr. Sohn, schöne Wohnungseinricht. u. Barvermögen vorh., sehr geschäftstüchtig, wünscht mit seriös. Herrn in Briefwechsel zu treten. (Höh. Beamten od. gutsituiertem Geschäftsmann.) Bei Neigung evtl. spät. Heirat. Offerten u. 23 123 **Agence Havas, Konstanz, Kanzleistr. 3.**

DAME, mehrere Jahre als Prokuristin einer Exportfirma im Ausland tätig gewesen, sucht entsprechend. Wirkungskreis. Beste Beziehungen zu allen Behörden. Politisch unbelastet. Wohnurt franz. Zone Südbaden. Große Wohnung, Büro, Lagerräume vorhanden. Angebote unt. Nr. 85 **Agence Havas, Konstanz, Kanzleistraße 3.**

DAMENFRISEUR, arisch, Fachmann, pol. unbel., langjähr. Tätigkeit an internationalen Saisonplätzen, Franz. u. englisch sprechend, sucht Friseurgeschäft zu kaufen oder zu pachten. Angebote unter A 107 an **Edition Max Reichelt, (17b) Villingen (Schw.).**

SERIÖSER VERTRETER für Konstanz-Bodenseegebiet, möglichst mit Büro u. gepflegter kleiner Verkaufsorganisation, bestens eingeführt und vertraut, für laufenden Vertrieb von Qualitätsmarken-Präparaten an Großhandel und Apotheken von Arzneimittelfabrik aus der amerikanischen Zone gesucht. Angebote unt. 23 118 an **Agence Havas, Konstanz a. B., Marktstätte 4.**

BRIEFMARKEN: Ankauf, Verkauf, Tausch, Wertschätzungen. **Merys, Mainz, Schillerstraße 13** (Finanzamt).

SCHRIFTSTELLER, langjähr. Literatur- u. Theaterkritiker, begutachtet Manuskripte und erteilt Rat. **Heim-Verlag,** (17b) **Badolfzell** (Bodensee).

BUCHHALTUNGS-Unterrichtsbriefe. Behördlich genehmigt. Buchführung und Bilanz durch Briefwechsel bis zum vollen Lehrerfolg. Preisliste kostenlos. **Bertsch, Bad Tölz,** Marxstraße 11.

BITTE neue Qualitätsbestecke, 72 teil., schwerste Versilberung, 90 g. Fundamentausführung. Suche neuwertige Reise- oder Büroschreibmaschine. Angebote u. 23 119 an **Agence Havas, Konstanz a. B., Marktstätte 4.**

WIR LIEFERN wieder aus laufender Fabrikation Zylinderrollenlager NU 25, NL 30, NJL 30, NJL 30, NUL 30, NUL 30, NJM 25, NJM 30, NUPM 30, WJM 30. **Hanns Jäger, Großhandel, Klein-Auheim,** Eisenbahnstraße 25.

WER AM FEIERABEND BUCHT, wie der kleine Geschäftsmann, schätzt doppelt die neue C. v. Canap'sche Durchschreibebuchführung: Zeitersparnis, klein, handlich, nicht größer als ein normaler Ordner, dabei entsprechend preiswert. Prospekt frei durch **Treuhandbüchvertrieb H. Münzel G.m.b.H.,** (14) **Konstat,** Postfach 200.

BRIEFMARKEN-NEUHEITEN liefert höflichst an Sammler u. Vereine. Mache auch Auswahlsendung. v. Deutschland, Europa u. Uebersee. Es ist Ihr Vorteil, wenn Sie noch heute meine Bedingungen nebst Preislisten verlangen. — Ich kaufe Sammlungen, bessere Sätze u. Einzelmarken. **Ernst Bauer, Briefmarkenhändler, Steinwiesen/Frankenwald.**

ACHTUNG! Arthritis deformans (Gelenk-Nervenentzündung, Knieverkalkung, Verkrümmung) in 7 Monaten d. Naborbell-Hausmittel geheilt u. arbeitsfähig. Vorher in 2 Krankenhäusern (RM. 2079 Kosten) nicht geheilt, konnte ohne 2 Stöcke nicht gehen u. stehen. Anfragen Kraaker, wo Arztbrife versagt, mit genauer Krankheitsbeschreibung **Altona (21b),** Postfach 29. Briefpapier für Mühewaltung danach beiliegen nach Vermögen. (Zur Steuer gemeldet)

UNVERBINDLICHES Kaufgesuch: **Neue Saarmarken,** nur kompl. Sätze laufend **zum doppelten Postpreis** (20 Werte von 2 Pfg. bis 1 —). **E. Schwarz, Ludwigshafen a. Rh.,** Grünenstr. 73.

SOMMERSPROSSEN beseitigt meine altbekannte Dika-Sommersprossencreme. Versendung einer Cremedose nötig. Nachnahmeversand RM. 2.00, Doppelpackung RM. 4.80 durch **Versandhaus Frau Berta Dietle** (17a) **Karlsruhe S 4.**

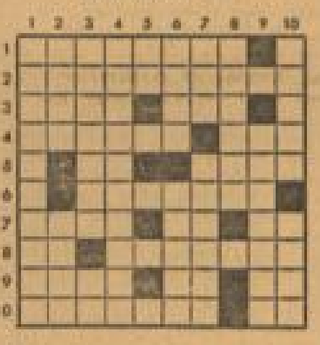
SONNENSTANDSPROGNOSEN für 1947 erhältlich nach Angabe des Geburtsdatums. Preis RM. 5.—. **Frau Lisa Rupfer, Astrologin, Kempten/Allg., Salt 4.**

BRIEFMARKEN, 500 versch. RM. 45.— monatl. Porto. Preisliste gratis! **Briefmarkenversand Erwin Tanzl,** (24) **Uhlsbüttel, Holst.,** PSK Hamburg 125 434.

FELDPOST-Nr. 48 839 u. 48 839 A. Wer war im Nov. 44 bei dieser Einh. oder wer hatte Angeh. dabei? Um Nachrichtet **Frau Irma Seitter,** (17b) **Waldkirch i. Br.,** Gutenbergstr. 10.

MOTS CROISES

PROBLEME N° 886



Horizontalement : 1. Le question est le plus difficile. — 2. Qui on veut encore. — 3. Peux marbre ; Général. — 4. Secret ; Poussiéif. — 5. Pronom ; Auxiliaire. — 6. En Algérie. — 7. Dans fabrique ; Préfixe ; A défaut de train elle regardait passer Jupiter. — 8. Fin d'infinitif ; Posses. — 9 Assortit ; Photétiquement ; enlevé ; Nous. — 10. Abouissement rapide d'une fugue ; En matière de

Verticalement : 1. Catégorie d'auteurs. — 2. Greffe ; Au naturel. — 3. Rudesse vocale ; Préfixe. — 4. Qui passe pas des almanachs. — 5. Fin de participe. — 6. Poinçon ; Poète. — 7. Métamorphose ; Consignée. — 8. Découvre — 9. Vieille habitude — 10. Azote ; Textes.

SOLUTION DU PROBLEME N° 885

Horizontalement : 1. Ophiophage. — 2. Laideron. — 3. Bra ; Neuf. — 4. Attelage. — 5. Gers ; Ir ; Os. — 6. Inédites. — 7. Nao ; Sans. — 8. Ein ; Se ; Hum. — 9. Ur ; Réprimes. — 10. Xénophobes.

Verticalement : 1. Chômeurs. — 2. Partenaire. — 3. Histrion. — 4. Ml ; Ent ; Ro. — 5. Œil ; Sep. — 6. Pr ; Ales ; EPH. — 7. Hongres ; Ro. — 8. Aude ; Sabah. — 9. Rame. — 10. Elles ; Anes.

...nière heure... dernière heure... dernière heure... der...

LA JOURNEE A PARIS

Paris, 29 mars (de notre rédaction parisienne, par téléphone).

La fin de la session parlementaire est marquée par une certaine nervosité. Il y eut d'abord l'incident entre le député socialiste Gaston Defferre, ancien sous-secrétaire d'Etat à la présidence du Conseil, et le député radical Paul Bastid, directeur politique de l' « Aurore ». La gifle donnée à M. Paul Bastid par M. Gaston Defferre, qui s'estimait diffamé à propos du scandale sur le vin, aura-t-elle des suites ?

On dit qu'une rencontre au pistolet aurait lieu, cet après-midi, entre les deux parlementaires.

L'autre raison de l'effervescence est le débat sur les messageries de presse qui se poursuit, non seulement devant l'Assemblée nationale, mais encore au sein du Cabinet.

Rappelons, en effet, que deux thèses demeurent en présence : la première préconise la constitution de différentes coopératives, dotées d'un statut spécial, mais n'englobant que deux ou trois journaux ; la seconde désirerait, au contraire, un organisme unique contrôlé par l'Etat. On sait que la commission compétente s'est ralliée au premier projet et que l'Assemblée en a voté les premiers articles, mais que la discussion a porté sur l'attribution des biens actuellement réquisitionnés, de la maison Hachette, attribution qui sera fixée par une loi ultérieure, ainsi que l'Assemblée en a décidé ce matin.

Entre temps, M. Ramadier a soumis la question au conseil de cabinet restreint et proposé une solution transactionnelle.

Suivant cette transaction, l'Etat aurait des contrôleurs auprès des coopératives et, de plus, l'administration des P.T.T. pourrait participer à la constitution de ces coopératives en leur apportant des fonds. Cette proposition, qui se rapprocherait de la nationalisation, a soulevé un certain mécontentement du Rassemblement des gauches et n'a pas retenu l'adhésion du M.R.P.

Au cours d'un nouveau conseil, tenu ce matin, un accord serait intervenu sur la participation financière de l'Etat, mais le mécontentement subsisterait chez les radicaux. Toujours est-il que le débat, repris à 15 heures par l'Assemblée, est en ce moment en cours, et que l'hypothèse d'une crise ministérielle n'est pas à craindre, sauf imprévu.

Mlle Lydie Bastien est en ce moment entendue à la Sûreté nationale. On sait que l'amie de l'ingénieur Hardy a été refoulée de Suisse et qu'à son arrivée à Paris, elle a aussitôt été conduite rue des Saussaies. Son audition porte sur trois points principaux : savait-elle si Hardy avait été arrêté à Chalon-sur-Saône par la Gestapo ? Quels furent ses rapports avec Hardy après la libération de celui-ci par les Allemands, et fut-elle au courant de ce qui se passait à Caluire. Enfin, serait-elle intervenue auprès de certains témoins au moment du procès Hardy ?

Voilà de la bonne copie en perspective pour lundi, sans compter l'affaire Jouanovici, à propos de laquelle un journal du soir commence la publication du rapport de police très détaillé après la lecture duquel le ministre de l'Intérieur donna l'ordre de poursuite.

Une première décision vient d'être prise au sujet du conseiller Marchat dont le président de la République vient, sur la proposition du conseil de la magistrature, de suspendre le traitement en attendant la mesure définitive que proposeront ses pairs.

Si les sujets n'avaient pas été si abondants aujourd'hui, nous aurions consacré ce début de week-end à une visite à la foire à la ferraille, dont la pittoresque coutume a repris, ce matin, au long du boulevard Richard-Lenoir.

Les opérations en Indochine

HANOI. — Les troupes françaises ont poursuivi les opérations de reconnaissance à l'extrémité méridionale du delta tonkinois, à proximité de la frontière de l'Annam et ont atteint les localités de Tomine et Phou Nmo Uann situées à 87 kilomètres au sud de Hanoi.

Le communiqué français indique que les troupes françaises ont détruit de nombreux dépôts de munitions et se sont emparées de nombreuses armes ainsi que d'une trentaine d'appareils téléphoniques japonais à l'état neuf.

D'autre part de nombreuses opérations de nettoyage sont entreprises dans le but d'élargir le périmètre de sécurité autour de Nam Dinh.

Grève des employés de banque

PARIS — Depuis ce matin, les employés de banque de Paris et de province sont en grève. Ils demandent la signature d'une convention collective, la mise en application d'un régime de retraite et la semaine de travail de cinq jours.

A Marseille, Montpellier et La Rochelle, les employés affiliés à la C.G.T. n'ont pas pris le travail. Par contre, la C.F.T.C. a demandé à ses adhérents de ne pas participer à ce mouvement.

A Toulouse et à Sète, les banques sont fermées jusqu'à lundi.

Le conseiller Marchat suspendu

PARIS. — Par décret pris sur proposition du conseil supérieur de la magistrature et qui va paraître au « Journal officiel », le président de la République a suspendu sans traitement le conseiller Marchat, dont le dossier sera examiné à fond au cours d'une prochaine séance du conseil.

Le conseil, après avoir entendu l'intéressé, proposera la mesure définitive à prendre.

AU CONSEIL ECONOMIQUE ET SOCIAL DE L'O.N.U

LAKE-SUCCESS. — Le conseil économique et social de l'O.N.U. a adopté les termes du mandat dont est chargée la commission économique pour l'Europe. Seule l'U.R.S.S. s'est abstenue. Ses délégués n'ont pas réussi à faire adopter un amendement qui prévoyait que la commission pourrait faire des recommandations concernant l'économie allemande.

La commission économique pour l'Europe devra donc, non seulement consulter les représentants des autorités alliées, mais être consultée par celles-ci dans le but d'obtenir réciproquement des informations et des conseils sur les problèmes économiques des territoires occupés affectant l'ensemble de l'économie européenne.

LE PROCUREUR GENERAL DEMANDE LA PEINE DE MORT POUR RUDOLPH HOESS

VARSOVIE. — Dans son réquisitoire le procureur général Thadée Cyprian a demandé la peine de mort pour Rudolph Hoess, ancien commandant du camp d'Auschwitz.

« La peine que je réclame, a-t-il dit, n'est rien en comparaison avec ce qui s'est passé. Auschwitz fut une vision d'enfer. La mort d'un million et demi de juifs hongrois, au cours de l'été 1944, montre ce que signifierait pour l'humanité la victoire de l'hitlérisme.

Cession de cargos allemands aux U.S.A. au titre des réparations

BERLIN. — La commission maritime annonce la cession à des sociétés américaines de huit anciens cargos allemands attribués aux Etats-Unis à titre de réparations.

Ces bateaux représentent une valeur de 1.832.850 dollars.

Grèves et agitation ouvrières en Italie

ROME. — On signale en Italie de nouvelles grèves et manifestations en signe de protestation contre la vie chère, l'inertie du gouvernement et le sabotage de la reconstruction, les travailleurs de Rome ont fait la grève pendant une demi-heure.

Après les incidents qui se sont déroulés ces jours derniers les travailleurs des villes de Massa et de Carrare ont fait une grève générale de 24 heures pour se solidariser avec les chômeurs.

Depuis quelque temps, une certaine agitation se manifeste parmi les cheminots qui menacent maintenant d'abandonner le travail.

Par ailleurs, la grève des employés des compagnies d'assurances dure depuis 23 jours et les fonctionnaires de l'Etat se plaignent à nouveau de leurs conditions de vie.

Enfin les instituteurs ont déclaré qu'ils se mettraient en grève après les vacances de Pâques si leurs revendications de salaires n'étaient pas satisfaites.

Epidémie de méningite en Italie

ROME. — On mande de Deslo qu'une grave épidémie de méningite a éclaté dans la ville, où trois enfants sont morts en l'espace de quelques jours.

Les écoles ont été fermées et de sévères mesures ont été prises pour éviter la propagation de la maladie.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg